A11

Kapitel

Initiator*innen:
Titel: **Migration und Integration**

Text

Migration und Integration

Kulturelle Vielfalt ist eine große Chance für Bamberg. Damit das Zusammenleben gut gelingt, wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Integration fördern und allen Menschen frühe und dauerhafte Teilhabe ermöglichen. Dabei nehmen wir Sorgen und Bedürfnisse aller ernst – auf der gemeinsamen Grundlage der Werte unseres Grundgesetzes. Unser Ziel ist eine Stadtgesellschaft, in der wir einander mit Respekt, Wertschätzung und auf Augenhöhe begegnen.

Antidiskriminierungsstelle stärken

Viele Menschen erleben Ausgrenzung und Benachteiligung. Das nehmen wir nicht hin und möchten darum die bestehende Antidiskriminierungsstelle der Stadt stärken – mit mehr Personal und finanzieller Unterstützung, um Betroffene wirksam zu unterstützen und Veränderung zu ermöglichen.

Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Arbeit ermöglichen, mehr Unterstützung bei Weiterqualifizierung bieten und ihre Unternehmensgründungen fördern. Dafür wollen wir Jobcenter und Verwaltung finanziell und personell besser ausstatten.

Viele Menschen mit Migrationshintergrund sind gut qualifiziert. Damit ihre Integration in den Arbeitsmarkt schneller gelingt, wollen wir sicherstellen, dass Abschlüsse zügig anerkannt, überflüssige Sprachhürden abgebaut und berufliche Fähigkeiten bereits bei der Ankunft erfasst werden.

Beim Amt für Wirtschaft wollen wir ein Vernetzungsangebot für kleine und mittlere Betriebe schaffen, die Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigen, etwa durch gemeinsame Sprachkurse oder Förderprogramme.

Vielfalt in der Stadtverwaltung weiterentwickeln

Wir werden darauf achten, dass die Stadt und ihre Tochterunternehmen bei Neueinstellungen das Potenzial von Menschen mit vielfältiger Herkunft stärker berücksichtigt und dabei auch Geschlechtergerechtigkeit sicherstellen.

Wir wollen sicherstellen, dass die Verwaltung als Ansprechpartnerin für alle Menschen auftritt und ihre Kultur der Offenheit und Wertschätzung nach innen und außen weiterentwickelt. Dafür setzen wir auf Fortbildungen zu kultureller Vielfalt, Informationsangebote in mehreren Sprachen und in leichter Sprache. Digitale Tools, Übersetzungsprogramme und Künstliche Intelligenz sollen den Alltag für Verwaltung und Menschen erleichtern. Zudem wollen wir den Zugang zu Übersetzungsdienstleistungen ausbauen.

Wir wollen eine städtische Koordinationsstelle für Integration schaffen. Sie soll die Zusammenarbeit von Stadt, Unternehmen, kirchlichen Trägern und Zivilgesellschaft organisieren und sich aktiv mit Landes-, Bundes- und Europaebene vernetzen.

Sprache als Schlüssel zur Integration fördern

Sprache ist ein zentraler Teil der Identität und Voraussetzung für gelingende Integration. Deshalb wollen wir Sprachförderung von Anfang an – in Kitas, Schulen, Ausbildung, Studium und im Berufsleben.

Wir setzen uns für ein verbindliches Sprachförderkonzept in Kitas und Schulen ein. Dazu gehören mehr Personal, Fortbildungen und Angebote wie Brückenklassen oder Sprachgruppen, die bereits gute Erfolge zeigen. Lehrkräfte und Erziehungspersonen sollen zudem besser für interkulturelle Settings qualifiziert werden.

Wir wollen, dass **mehr** Sprachkurse angeboten werden **und diese** früher mit dem Arbeitsmarkt verknüpfen und auch berufsbegleitend anbieten – vor Ort und digital. Fehlende Kita-Plätze müssen dringend geschaffen werden, damit auch Eltern und Alleinerziehende Sprachkurse besuchen können. Bis dahin soll ein Projekt nach dem Berliner Modell „Stadtteilmütter“ Familien direkt zu Hause beim Spracherwerb unterstützen. Neben klassischen Kursen wollen wir Sprachtandems, muttersprachliche Hausaufgabenhilfe und digitale Lern-Tools fördern.

Grundlage aller Maßnahmen soll eine umfassende Analyse der Wohn- und Betreuungssituation sein, um gleiche Chancen für alle zu schaffen.

Situation im Ankerzentrum verbessern

Grünes Bamberg bleibt dabei: Die ANKER-Einrichtung Oberfranken in Bamberg muss so schnell wie möglich geschlossen werden. Das ANKER-Konzept zur Erstaufnahme geflüchteter Menschen lehnen wir ab,

Die bayerische CSU/FW-Staatsregierung hat einseitig verkündet, dass sie an der ANKER-Einrichtung Oberfranken (AEO) im Bamberger Osten festhalten möchte. Damit verletzt sie die von ihr im Jahr 2015 gegenüber der Stadt Bamberg schriftlich erklärte Zusicherung, dass die Einrichtung spätestens Ende 2025 geschlossen werden soll: „unwiderrufliches Ende mit dem Ablauf des Jahres 2025“. Wir verurteilen diesen Wortbruch.

denn wir wollen, dass Geflüchtete menschenwürdig leben können. Ankerzentren leisten dazu keinen Beitrag: Längere Aufenthalte führen oft zu Depressionen, Retraumatisierungen und weiteren Belastungen – besonders für Kinder. Statt Isolation brauchen Geflüchtete von Beginn an sichere Perspektiven und gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass niemand länger als drei Monate in einem Ankerzentrum bleiben muss und Menschen mit Erstablehnung während ihrer Gerichtsverfahren aus dem Ankerzentrum verlegt werden.

Wir erkennen an, dass eine schnelle Schließung des Ankerzentrums aufgrund des Wortbruchs des Freistaats Bayern derzeit nicht möglich ist. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Situation für die Menschen vor Ort spürbar verbessert wird. Wir fordern die Staatsregierung dazu auf, die maximal mögliche Belegung der ANKER-Einrichtung deutlich zu reduzieren. Freiwerdenden Flächen soll die Staatsregierung zum möglichen Kauf durch die Stadt Bamberg freigeben. Wir setzen uns dafür ein, dass **bei der Unterbringung mindestens "Hostel-Standard" herrscht. Konkret bedeutet dies maximal 2 Personen pro Zimmer, abschließbare Zimmertüren und Spinde, Schränke und funktionsfähige Gemeinschaftsküchen in den Wohnungen. Familien sollen Wohnungen alleine für sich beziehen.** Die Unterbringung darf zudem höchstens sechs Wochen dauern. Wir setzen uns dafür ein, dass psychologische und psychotherapeutische Betreuung durch zwei Vollzeitkräfte sichergestellt wird, die über besondere Kompetenzen in Traumatherapie und Resilienzarbeit verfügen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Gebäude mit WLAN ausgestattet werden und in den Wohnungen Herde eingebaut werden, damit die Menschen selbstständig kochen können.

Integration in allen Stadtteilen stärken

Wir wollen eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund auf alle Stadtteile, damit Integration besser gelingt und keine Viertel überlastet werden. Wo das nicht möglich ist, setzen wir uns dafür ein, dass Schulen mit hohem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund mehr Personal und finanzielle Unterstützung erhalten.

Ehrenamt als Motor der Integration unterstützen

Ehrenamtliche in Vereinen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen leisten unverzichtbare Integrationsarbeit – sei es durch Beratung, Sprachförderung, Nachhilfe oder Bewerbungstrainings. Dieses Engagement wollen wir stärker anerkennen und die Organisationen durch langfristige Zuschüsse finanziell absichern.

Viele Initiativen in der Integrationsarbeit fehlen Räume. Deshalb wollen wir eine stadtweite Übersicht über kostenfrei nutzbare Begegnungsräume in Schulen, Kirchen und Einrichtungen erstellen.

Gleichzeitig wollen wir Menschen mit Migrationshintergrund frühzeitig einbinden, damit sie ihre Fähigkeiten in die Stadtgesellschaft einbringen können. Auch in Vorständen von Vereinen und städtisch geförderten Einrichtungen sollen sie stärker vertreten sein.

Engagement für Integration sichtbar machen

Um das Engagement für Integration in unserer Stadt sichtbar zu machen, wollen wir einen jährlichen Integrationspreis (5.000 Euro) sowie einen Integrationsgipfel einführen. Dort sollen Stadt, Vereine, Migrant:innenorganisationen und Arbeitgeber:innen zusammenkommen, um sich zu vernetzen und gemeinsame Projekte anzustoßen.